

**Protokoll der  
94. Sitzung des  
Landesbeirats für Immissionsschutz  
am 06. Dezember 2016  
in Düsseldorf**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:                      siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

**TOP 1 Begrüßung und Eröffnung:**

**Herr Staatssekretär Knitsch** begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und eröffnet die 94. Sitzung des Landesbeirats für Immissionsschutz, die die Besonderheit aufweist, dass zum ersten Mal seit mehreren Jahren zwei Sitzungen innerhalb eines Kalenderjahres stattfinden.

Er begrüßt die anwesenden Gäste **Frau Dr. Ralfs**, (VCI NRW), **Herrn Dr. Brennecke** (VDI); **Herrn Buch** (Abteilung IV MKULNV NRW) sowie **Herrn Korbmacher** (Staatskanzlei NRW). Das MWEIMH NRW und das MIK NRW, die aus Anlass des heutigen Schwerpunktthemas „Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung“ zu dieser Sitzung eingeladen wurden, haben keine Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsandt.

**TOP 2 Tagesordnung der 94. Sitzung und Protokoll der 93. Sitzung am 20.05.2016**

Zur Tagesordnung sind bis auf den Vorschlag von **Herrn Dr. Hirsch** (VDI), das Thema "Prognoseverfahren für die Geräuschemissionen von Windenergieanlagen" in dieser Sitzung zu behandeln, keine weiteren Vorschläge eingegangen. Im Vorfeld wurde mit ihm vereinbart, das Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird daraufhin ohne Ergänzungswünsche angenommen.

Auch zur Niederschrift der 93. Sitzung am 20.05.2016 werden keine Änderungen vorgeschlagen, sie wird deshalb ebenfalls angenommen.

**Herr Staatssekretär Knitsch** geht dabei auf das Ergebnis des schriftlichen Abstimmungsverfahrens zur Änderung der Geschäftsordnung ein. Die Niederschriften über Sitzungen des Landesbeirats werden im Internet veröffentlicht. Die entsprechenden Schritte für die Veröffentlichung werden aktuell vorbereitet.

**TOP 3 Allgemeine Information über Aktuelles auf den Gebiet des Immissionsschutzes**

In ihrem Bericht stellt **Frau Dr. Hein** folgende aktuelle Themen vor:

- a) DUH-Klagen, Entscheidung des VG Düsseldorf vom 13.09.2016 den LRP so zu ändern, dass dieser die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung des NO<sub>2</sub>-Grenzwertes enthält.

Der Prozess der Fortschreibung dieses und anderer Luftreinhaltepläne ist bereits in Arbeit. Aufgabe und Ziel sind es, den Luftreinhalteplan Düsseldorf bis Ende des Jahres 2017 fortzuschreiben, damit die weitergehenden Maßnahmen, die die Einhaltung des Grenzwertes garantieren, ab 2018 umgesetzt werden können. Damit wird einem Kernanliegen aus dem Urteil bereits Rechnung getragen.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat in seinem Urteil zur Klage der DUH zum Luftreinhalteplan Düsseldorf eine Frage aufgeworfen, die auch aus Sicht der Landesregierung einer höchststrichterlichen Klärung bedarf – nämlich inwieweit bei gegebener Verhältnismäßigkeit schon nach jetziger Rechtslage die Verhängung eines Dieselfahrverbots durch das Zeichen „Verbot für Kraftwagen“ mit entsprechendem Zusatzzeichen angeordnet werden kann.

Diese Frage ist über den Luftreinhalteplan Düsseldorf hinaus von grundlegender Bedeutung. Deshalb wurde die Sprungrevision durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf ausdrücklich zugelassen und eingelegt.

Auf die Frage von **Herrn Welge** nach der Beschlusslage in der 87. UMK am 01.12.2016 wird auf den beigefügten Beschluss (Anlage 2) verwiesen.

**Herr Dr. Graaff** spricht die Frage der Förderung von Projekten zum Thema „Emissionsarme Innenstadt“ aus dem Maßnahmenpaket für kommunale Klimaschutzmaßnahmen an. **Herr Staatssekretär Knitsch** und **Frau Dr. Hein** rufen dazu auf, jetzt Projekte zu entwickeln, um die Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

**Herr Prof. Seibert** fragt nach realistischen Möglichkeiten der Landesregierung, für die Einhaltung der Grenzwerte bei Stickoxid zu sorgen. Hierzu erläutert **Herr Staatssekretär Knitsch**, dass genau diese Frage bei der anstehenden Fortschreibung der Luftreinhaltepläne geklärt werden müsse. Insbesondere in Düsseldorf zeige sich ein hoher Fortschreibungsdruck schon in 2017. Darüber hinaus sind in allen Gebieten mit Luftreinhalteplänen auch andere Instrumente und Maßnahmen zu prüfen bzw. zu ergreifen, um eine spürbare Reduzierung der Belastungen durch Luftschadstoffe zu erzielen. Dabei spielt die von **Frau Horster** angesprochene Optimierung des ÖPNV eine große Rolle. **Herr Staatssekretär Knitsch** gibt zu bedenken, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher im guten Glauben und im Vertrauen auf die Wahrhaftigkeit der Angaben der Pkw-Hersteller Fahrzeuge gekauft haben und deshalb Opfer einer Täuschung geworden sind. Fahrverbote als eine Option für eine Verbesserung der Luftqualität können trotzdem nicht ausgeschlossen werden.

Wegen des großen Interesses wird angeregt, das Thema zu einem Schwerpunkt in einer der nächsten Sitzungen des Landesbeirats zu machen, ggf. bereits im Frühjahr 2017.

- b) Bundesratsinitiative Lärmsanierungsfinanzierungsgesetz, BR-Drs. 572/16

Der Bundesrat hat am 04.11.2016 den Entwurf für ein Lärmsanierungsfinanzierungsgesetz beschlossen. Diesen Gesetzentwurf hat NRW in den Bundesrat eingebracht. Die Federführung in NRW hat das MKULNV.

Die Lärmkartierung hat deutlich gemacht, dass in Deutschland ca. 2,5 Mio. Menschen Lärmpegeln durch den Straßenverkehr ausgesetzt sind, die für die Betroffenen eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Hauptproblem hierbei sind die Straßen in kommunaler Baulast.

Mit dem Gesetz soll ein Finanzierungsprogramm des Bundes geschaffen werden, das die Kommunen in die Lage versetzt, Lärmschutzmaßnahmen aus den Lärmaktionsplänen an Straßen in kommunaler Baulast zu verwirklichen.

Dieses Investitionsprogramm umfasst Finanzmittel im Umfang von 3,2 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 10 Jahren, von denen Länder und Kommunen einen Eigenanteil von mindestens 25 Prozent zu tragen haben.

Der Gesetzentwurf wird im nächsten Schritt der Bundesregierung und dem Bundestag zur Beratung zugeleitet.

#### **TOP 4 Schwerpunktthema „Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung“**

In der Einleitung zu diesem TOP erläutert **Herr Staatssekretär Knitsch**, dass in Abänderung der in der Einladung aufgeführten Referentinnen und Referenten nunmehr folgende Impulsvorträge vorgesehen sind:

- **Frau Dr. Ralfs** (für Unternehmen NRW und VCI NRW) – Anlage 3
- **Frau Baitinger** (für die Umweltschutzverbände) – Anlage 4
- **Herr Schulze** und **Herr Friedrich** (für MKULNV NRW) – Anlage 5 und 6
- **Herr Dr. Brennecke** (VDI) – Anlage 7

**Herr Staatssekretär Knitsch** teilt mit, dass MIK NRW und MWEIMH NRW nicht an der Sitzung teilnehmen konnten. Die Nicht-Teilnahme beider Ressorts und insbesondere des MIK NRW wird besonders von Seiten der Unternehmensverbände kritisiert, da gerade sicherheitsrelevante Fragestellungen und das Thema Gefahrenabwehr von großer Bedeutung für den Landesbeirat bei der heutigen Beratung sind und die anstehende Diskussion deshalb unvollständig bleiben muss. **Herr Staatssekretär Knitsch** sagt zu, die Fragen aus dem Gremium an das MIK mit der Bitte um schriftliche Beantwortung weiterzuleiten, hierzu zählen vor allem Aspekte aus dem Vortrag von **Frau Dr. Ralfs**.

Nach den Impulsbeiträgen erläutern die Bezirksregierungen ihre Erfahrungen. Basis ist der gemeinsam entwickelte Leitfaden für eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung (Anlage 8). Exemplarisch trägt **Herr Dr. Büther**, Bezirksregierung Köln, die Erkenntnisse aus einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung bei einem Braunkohlekraftwerk, die noch nicht mit einem Verfahren und einer behördlichen Entscheidung verbunden war und aus dem Umgang mit öffentlichkeits- und medienrelevanten Störfällen in einer Raffinerie vor. Durch den hohen Aufwand auf Seiten von Betreibern und Behörde bei der Öffentlichkeitseinbindung ergab sich im Fall des Genehmigungsverfahrens ein insgesamt als „entspannt“ zu bezeichnender Verfahrensverlauf und eine deutlich höhere Akzeptanz

der behördlichen Entscheidung. Die Tatsache, dass die Raffinerie im Nachgang zu den Störfällen eine Untersuchung des Sicherheitsmanagementsystems an ihrem Standort beauftragte und dies offen kommunizierte, hat dazu beigetragen, das Verhältnis zur Anwohnerschaft wieder zu verbessern. Zusätzlich hat das Gutachterteam eine Internet-Adresse für anonyme Hinweise eingerichtet. Anschließend schildert **Herr Dr. Büther** die Vorgehensweise seiner Behörde bei der Veröffentlichung von Antragsunterlagen und verdeutlicht dabei, dass es bei der Auslegung von Antragsunterlagen durch den Einsatz von elektronischen Medien keinen Unterschied zur früheren Auslegungspraxis (Einsichtnahme in den Räumen der Behörde) gäbe. Die Bezirksregierung Münster ergänzt, dass Fälle frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung bisher eher die Ausnahmen sind, konkret gab es bei ihnen drei Fälle. Dabei haben die Vorhabenträger in der Regel feste Planungen, für Variantenprüfungen ist deshalb nach den bisherigen Erfahrungen kein Raum.

**Herr Staatssekretär Knitsch** dankt den Referentinnen und Referenten für die Vorträge und Beiträge. Vor Eintritt in die Diskussion verdeutlicht er noch einmal die Position der Landesregierung vor dem Hintergrund der „OpenNRW-Strategie“ des Landes und der bevorstehenden Umsetzung des EGovernment-Gesetzes: Ziele seien mehr Transparenz und Partizipation, das bedeutet eine Entwicklung weg vom eher obrigkeitstaatlichen „Grundsatz der Amtsverschwiegenheit“ hin zu einer dialogisch aufgestellten modernen Verwaltung.

In der Diskussion, an der sich **Frau Dr. Ralfs, Herr Prof. Seibert, Frau Horster, Herr Felsch, Frau Baitinger, Frau MdL Dr. Beisheim, Herr Friedrich, Frau Dr. Necker, Herr MdL Rohwedder** sowie **Herr Dr. Brennecke** beteiligen, werden die vielfältigen Aspekte des Themas angesprochen und die unterschiedlichen Standpunkte ausgetauscht:

- Rechtsfragen (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, Urheberrecht, Bewertung und Unterscheidung von „Unterrichtung der Öffentlichkeit“ bzw. „Beteiligung der Öffentlichkeit“)
- Verfahrensfragen (Ermittlung der zu beteiligenden betroffenen Öffentlichkeit, Plausibilitätsprüfungen durch die Behörden, Regelungen bei der Bewertung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, Einsatz von elektronischen Akten)
- Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne einer höheren Akzeptanz späterer behördlicher Entscheidungen
- Einschätzung, was Öffentlichkeitsbeteiligung ist (Teilhabe am Verfahren, nicht Mit-Entscheidung)
- Sicherheitsrelevante Fragestellungen (Geheimnisschutz und Terrorabwehr)
- Gewährleistung der Datensicherheit bei Einsatz von EGovernment
- Erlass des MKULNV NRW vom 19.03.2015 zur Anwendung der §§ 25 Abs. 3 und 27a VwVfG im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren (Kritik durch die Unternehmensverbände vor dem Hintergrund einer möglichen Ausspähung oder einer Verletzung von Urheberrechten, Widerspruch durch MKULNV NRW, weil Unterlagen im Internet in keinem größeren Umfang veröf-

fentlicht werden als sie bisher auch zur Auslegung bestimmt waren; Hinweis auf Einvernehmen zum Erlass vom MWEIMH NRW).

**Herr Staatssekretär Knitsch** schließt die Diskussion mit einem Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die intensive, auch kontroverse Auseinandersetzung mit dem Thema. Auch wenn nicht alle Aspekte einvernehmlich geklärt werden konnten, hat die Beratung gezeigt, dass es richtig war, die Frage von Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung zum Schwerpunkt einer Sitzung zu machen.

Für **Herrn Staatssekretär Knitsch** bietet Öffentlichkeitsbeteiligung für Unternehmen und Behörden, aber insbesondere für die betroffene Öffentlichkeit viele positive Aspekte. So können die Behörden dem Eindruck entgegenwirken, eher auf der Seite der Antragsteller zu stehen. Das geltende Recht räumt der Öffentlichkeit seit vielen Jahren einen Anspruch auf Beteiligung ein, diese kann – auch das ist unbestritten – nicht eine spätere Entscheidung vorwegnehmen. Er bekräftigt das Gesprächsangebot an die Verbände.

Für das MKULNV NRW verdeutlicht **Herr Staatssekretär Knitsch**, dass der eingeschlagene Weg hin zu mehr Transparenz und Partizipation fortgesetzt und ausgebaut werde.

Dem Protokoll werden zusätzlich beigefügt:

- Aufsatz von Herrn Abteilungsdirektor Dr. Schwab, Bezirksregierung Köln: „Akzeptanz für industrielle Projekte durch frühe Öffentlichkeitsbeteiligung, VDI-Richtlinien und Unternehmenskommunikation (Auszug aus UPR 10/2016) – Anlage 9
- Aufsatz von Herrn Dr. Brennecke, VDI Düsseldorf: „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und die Richtlinie VDI 7000 – Gesetzgeberische Zielsetzung und praktische Umsetzung“ (Auszug aus DVBl., Heft 6/2016) – Anlage 10

## **TOP 5 Verschiedenes**

Keine Beiträge.

Mit einem Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die engagierte Diskussion schließt **Herr Staatssekretär Knitsch** die Sitzung.

Klaus Wannmacher